



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

††: Oestreich, Preußen und die Revolution : vom Reich.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

gab, wiewohl keiner auf den Gang der Ereignisse irgend einen besondern Einfluß übte, sind davongekommen, und die ehrlichen Narren haben die Beche bezahlen müssen. — Blum, so wenig ich auch seine Handlungsweise vertheidigen will, ist wenigstens wie ein Mann gestorben, der für seine Ueberzeugung gelebt hat. Was die Revolution hauptsächlich möglich machte, war das noch aus der alten Zeit vererbte Gefühl in der Masse, daß es unanständig sei, zur conservativen Partei zu gehören und Opposition gegen avancirte Principien zu machen. Windischgrätz hat das Seinige gethan, um diese Begriffsverwirrung fortbestehen zu lassen, und die Consolidirung einer anständigen conservativen Partei, für die sich jetzt die günstigste Gelegenheit geboten hatte, auf lange Zeit unmöglich zu machen. — Es mag sein, daß Windischgrätz in seiner Art ein ehrlicher Mann ist und nach seiner besten Ueberzeugung zu handeln suchte; dann paßt er aber jedenfalls zu seiner Zeit und seiner Stellung so wenig, wie der Styl seiner Proclamationen und der seiner Generäle in eine deutsche Anthologie. (Apropos von Proclamationen; der eine von den croatischen Caziken, die gegenwärtig hier das Heft in Händen haben, gestattete einige Tage nach der Besetzung Wiens „unbedenklichen Frauenzimmern“ freie Passage aus der Stadt nach den Vorstädten; eine andere Proclamation verhiess jedem Soldaten eine Belohnung, der einen Verräther oder Aufwiegler „zu Stande bringe“ u. s. w. u. s. w.; man könnte über diese österreichische Sprache Bände schreiben;) außerdem darf man nicht vergessen, daß die Hinrichtung Blum's, was auch ihre Folgen sein mögen, offenbar ein Hohn gegen Deutschland war, das die österreichische Aristokratie ungefähr mit eben denselben Augen anseht, wie die deutsche Aristokratie Frankreich zur Zeit der ersten Revolution.

Oestreich, Preussen und die Revolution.

Vom Reich.

Die Tragödie unserer Revolution macht ihre Katastrophe. In dem engen Umfang weniger Tage drängt sich zum zweitenmal die Entscheidung der Geschichte Deutschlands zusammen. In derselben Zeit, wo der Papst, von welchem die neue Phase der europäischen Freiheit ausging, von seinem empörten Volke fliehen muß; wo nicht die alte legitime Monarchie, sondern eine junge, aus der wildesten Revolution hervorgegangene Republik sein Asyl wird; wo der kriegerische Geist der Franzosen nach einem Namen sucht, um das dreifarbige Banner von Neuem gegen das alte Europa zu führen; wo eine burleske Theaterfigur, weil er

diesen Namen führt, beinahe die Aussicht hat, durch freie Wahl zum Herrscher eines mächtigen Volks erhoben zu werden; wo nur die Generale es sind, die aus Patriotismus diesem knabenhaften Kriegsgelüst entgegenraten — in diesem Augenblick, wo Europa leicht zum zweitenmal von einem wilden Fieber erschüttert werden kann, wuchert auch in unserm Vaterlande von allen Seiten das Unkraut der Realität mächtig über die Pflanzanlage des Idealismus hinaus und mit eben so viel Unmuth als Bewunderung sehen die ephemeren Helden unserer frühreifen Revolution sich um in dem Land ihrer Träume und staunen, wie die bunten Nebel sich zerstreuen beim ersten Hahnenruf, die Nachtgestalten verschwinden, und wie die Frühsonne Nichts als die Prosa der bekannten vaterländischen Pflanzungen bescheint.

In Oestreich hat die Stunde der Entscheidung bereits geschlagen; in Preußen steht sie bevor, und der künstlichen Zeitrechnung in Frankfurt wird Nichts anderes übrig bleiben, als sich nach diesen naturwüchsigem Messungen reguliren zu lassen. Es ist eine wüste Stimmung, die jetzt auf allen Gemüthern ruht; das peinliche Gefühl einer in Rausch durchwachten Nacht. Sie mußte kommen, aber der Anblick ist nicht erfreulich. Glücklich die Sachsen, denen noch im Messerschmid Löwe oder Advocat Bertling eine unmittelbare Zukunft blüht!

Wenden wir unsere Aufmerksamkeit zunächst auf Oestreich. Die Thronentsagung des „gütigen“ Kaisers ist nichts als ein symbolischer Act, der junge Franz Joseph wird auch nicht unmittelbar eingreifen in die Geschichte seiner Völker, aber an die Person des alten Kaisers knüpfte sich die Erinnerung an die Märztage. Es sollte mit dem System der Concessionen definitiv gebrochen werden, und auf dem Namen des neuen „constitutionellen“ Herrschers durfte kein rother Fleck bleiben.

Mit dem System der neuen Regierung, wie sie dasselbe in ihrem dem Reichstag vorgelegten Programm ausgesprochen hat, können wir uns unbedingt einverstanden erklären. Es sind dieselben Ansichten, welche die Grenzboten vielfältig ausgesprochen haben. Wir lassen die wesentlichen Punkte folgen.

„Wir wollen die constitutionelle Monarchie aufrichtig und ohne Rückhalt. Wir wollen diese Staatsform, deren Wesen und gesicherten Bestand wir in der gemeinschaftlichen Ausübung der gesetzgebenden Gewalt durch den Monarchen und die Repräsentanten-Körper Oestreichs erkennen, — wir wollen sie begründet auf der gleichen Berechtigung und unbehinderten Entwicklung aller Nationalitäten, sowie auf der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze, gewährleistet durch Oeffentlichkeit in allen Zweigen des Staatslebens; getragen von der freien Gemeinde und der freien Gestaltung der Länderteile in allen innern Angelegenheiten, umschlungen von dem gemeinsamen Bande einer kräftigen Centralgewalt. — Das Ministerium wird die Verwaltung nach den Bedürfnissen der Zeit um-

zuformen bemüht sein und bis hiefür im Wege der Gesetzgebung bleibende Bestimmungen getroffen sind, die nöthigen Verordnungen erlassen. Die Landbevölkerung, eben erst befreit von den Grundlasten, harret mit Ungeduld der gesetzlichen Bestimmungen über Maßstab und Art der Entschädigung, sowie den von ihr zu tragenden, nach den Grundsätzen der Billigkeit zu bemessenden Antheil. Die Grundlage des freien Staates bildet die freie Gemeinde: daß dieser durch ein freisinniges Gemeindegesetz die selbstständige Bestimmung und Verwaltung innerhalb der durch die Rücksicht auf das Gesamtwohl gezogenen Grenzen gesichert werde, ist dringendes Bedürfnis. Als eine nothwendige und unabweisliche Folgerung der Selbstständigkeit der Gemeinden ergibt sich die Vereinfachung der Staatsverwaltung, und eine den Bedürfnissen der Zeit entsprechende Regelung der Behörden. Eben weil das Ministerium die Sache der Freiheit zu der seinigen macht, hält es die Wiederherstellung eines gesicherten Rechtszustandes für eine heilige Pflicht. In der organischen Verbindung mit dem constitutionellen Oestreich wird das lombardisch-venetianische Königreich nach Abschluß des Friedens die sicherste Bürgschaft finden für die Wahrung seiner Nationalität. Die verantwortlichen Räte der Krone werden feststehen auf dem Boden der Verträge. Sie geben sich der Hoffnung hin, daß in nicht ferner Zukunft auch das italienische Volk die Wohlthaten einer Verfassung genießen werde, welche die verschiedenen Stämme in voller Gleichberechtigung umschließen soll. Die Verletzung dieses ersten Rechtes der Nationen entzündete den Bürgerkrieg in Ungarn. Gegen eine Partei, deren letztes Ziel der Umsturz und die Lossagung von Oestreich ist, erhoben sich dort die in ihren unveräußerlichen Rechten gekränkten Völker. Nicht der Freiheit gilt der Krieg, sondern denjenigen, die sie der Freiheit berauben wollen. Aufrechthaltung der Gesamtmonarchie, ein engerer Verband mit uns, Anerkennung und Gewährleistung ihrer Nationalität, sind der Gegenstand ihrer Bestrebungen. Das Ministerium wird sie unterstützen mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln. — Meine Herren, das große Werk, welches uns im Einverständnisse mit den Völkern obliegt, ist die Begründung eines neuen Bandes, das alle Länder und Stämme der Monarchie zu einem großen Staatskörper vereinigen soll. Dieser Standpunct zeigt zugleich den Weg, welchen das Ministerium in der deutschen Frage verfolgen wird. Nicht in dem Zerreißen der Monarchie liegt die Größe, nicht in ihrer Schwächung die Kräftigung Deutschlands. Oestreichs Fortbestand in staatlicher Einheit ist ein deutsches wie ein europäisches Bedürfnis. Von dieser Ueberzeugung durchdrungen, sehen wir der natürlichen Entwicklung des noch nicht vollendeten Umgestaltungsprozesses entgegen. Erst wenn das verjüngte Oestreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt sind, wird es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen. Bis dahin

wird Oestreich fortfahren, seine Bundespflichten getreulich zu erfüllen. In allen äußeren Beziehungen des Reiches werden wir die Interessen und die Würde Oestreichs zu wahren wissen und keinerlei beirrenden Einfluß von Außen auf die unabhängige Gestaltung unserer inneren Verhältnisse zulassen. Dies sind die Hauptgrundzüge unserer Politik. Wir haben sie mit unumwundener Offenheit dargelegt, weil ohne Wahrheit kein Vertrauen und Vertrauen die erste Bedingung eines gedeihlichen Zusammenwirkens zwischen Regierung und Reichstag ist."

Man muß gestehen, es ist eine verständliche, männliche Sprache, wie wir sie schon lange an unseren Regierungen nicht gewohnt waren. Zugleich bietet das Ministerium in dem einheitlichen System seiner Zusammensetzung wie auch in den einzelnen Persönlichkeiten Garantien, die uns wenigstens über die nächste Zukunft beruhigen können. Von einer Regierung außerhalb des Ministeriums, von einer Camarilla ist eben so wenig mehr die Rede, als von einem unmittelbaren Einfluß der Wiener Studentenschaft auf die Politik des Kaiserstaats — ein Einfluß, der immer mehr amüsant als verständig genannt werden mußte. Franz Stadion, die Seele des Kabinetts, ist ein wirklicher Staatsmann; freilich aus der alten Schule, weil die junge noch keine Geschichte hat. Er hat den Vorzug vor Pillersdorf, daß diese äußerliche hoffische Glätte des alten Oestreich, diese Diplomatie des Schweigens bei ihm weniger hervortritt. Muthmaßlich wird der „Weltgeist“, d. h. die Phrase, bei ihm eine untergeordnete Rolle spielen, dem Verstand gegenüber. Für die Erhaltung des Staats ist Stadion eine höchst geeignete Persönlichkeit; ob für die höhere Aufgabe des Staatsmannes, die neue Organisation, für die er sich im Allgemeinen ausgesprochen hat, wird sich erst zeigen müssen. — Die technischen Ministerien — Bach, Kraus, Bruck, — sind nach Möglichkeit ausgefüllt.

Das Wichtigste ist aber jetzt die Entscheidung darüber: wie das Ministerium sich zu dem Reichstag einerseits, den bisherigen militärischen Gewalthabern andererseits zu stellen gedenkt?

Die Majorität des Reichstags hat durch die Annullirung der Wiener Sitzungen den Weg zur Versöhnung gebahnt. Von allen Seiten ist das Streben sichtbar, eine gemeinsame Basis des parlamentarischen Kampfes zu finden. Der aus so wunderlichen Elementen zusammengesetzte Reichstag bietet dennoch ein ungleich würdigeres Bild, als der Berliner, dessen Aufgabe im Verhältniß zu den österreichischen Wirren eine so unendlich einfache war. Die politischen Programme der drei Parteien unterscheiden sich zwar wesentlich, aber im Principe kommen sie überein, eine Ausgleichung zu finden zwischen der nothwendigen föderalistischen Grundlage des österreichischen Staats und der ebenso nothwendigen Centralisation desselben. Was die Linke verlangt — die beiläufig mit überraschender Schnelligkeit aus dem exclusiv deutschen Standpunkt in den kosmopolitischen übergesprungen ist — ist unausführbar. Einmal dürfen die Theile des Ganzen keine „Staaten"

bilden; sie sollen nur Provinzen sein, freilich mit möglichst selbstständiger Administration; dann ist die strenge Scheidung nach Nationalitäten schon aus geographischen Gründen unmöglich, abgesehen davon, daß es nicht bloß auf Gleichheit der Sprache, sondern auch auf sittlich-politische Gemeinsamkeit, auf geschichtliche Grundlage ankommt. Die Sachsen z. B. in Siebenbürgen haben das Recht, die Aufrechthaltung ihrer Selbstständigkeit zu fordern, denn sie bilden ein wirkliches politisches Ganze, das die erfreulichste Hoffnung gibt; den Deutschen aber in Böhmen — als Ganzes betrachtet — geht alle Lebensfähigkeit ab: womit ich übrigens der Berechtigung einzelner deutsch-böhmischer Kreise zu einer selbstständigen Organisation nicht im Geringsten zu nahe treten will. Indessen über diese Differenzen würde man hinauskommen, wenn nur von allen Seiten das ernste Streben einer Verständigung festgehalten wird.

Mißlicher aber ist die Lage des Reichstags in Bezug auf die bisher nicht vertretenen Provinzen des Gesamtstaats. Daß die deutsch-slavischen Nebeländer Ungarns in die neue Staatsorganisation aufgenommen werden müssen, versteht sich von selbst, das war ja der Zweck ihres Aufstandes zu Gunsten des Kaiserstaats. Ungarn selbst aber muß herangezogen und mit Italien die Vereinigung wenigstens angebahnt werden. Wie darf nun der Reichstag ein Grundgesetz berathen, welches für Provinzen keine Anwendung finden soll, die ihre Stimme gar nicht abgeben können?

Diesem Uebelstand abzuhelfen, gibt es drei Wege. Entweder man löst den Reichstag auf und beruft einen neuen, der von allen Provinzen besetzt werden muß. In diesem Fall würde bei dem gegenwärtigen Kriegszustand in den ungarischen Provinzen die Constituirung des Reichs auf das Unbestimmte hinaus verzögert. Oder man ergänzt den bisherigen Reichstag durch allmälige Einberufung der übrigen Provinzen. Das hätte den Uebelstand, daß sich keine compacte Majorität bilden könnte. Oder man stellt mit dem gegenwärtigen Reichstag nur die allgemeinen Grundsätze der Verfassung fest und octroyirt dann dieselbe für den Gesamtstaat, wobei man die weitere Ausbildung dem rechtlichen, legislativen Wege überläßt.

Den letztern Weg scheint man einschlagen zu wollen, und er ist allerdings der einfachste; nur wäre es zweckmäßig gewesen, wenn sich auch über diese wichtige Frage die Regierung ebenso unumwunden ausgesprochen hätte, als über die anderen Punkte. An eine spätere Annexation der übrigen Landestheile an den bereits organisirten Staat Oestreich-Galizien nach Art der nordamerikanischen Einverleibung von Texas ist deshalb nicht zu denken, weil Ungarn, Croatien, Slavonien u. s. w. unter sich nie über die Modalität einer solchen Einverleibung einig werden würden. —

Das Verhältniß der Regierung zu den Gemeinden bedarf ebenso einer schnellen

Entscheidung. Wir verkennen keinen Augenblick die Verdienste, welche Windischgrätz, Jellachich u. s. w. zum Theil durch selbstständigen Entschluß, für die rasche Lösung der ohne energische Kraftmittel unentwirrbaren Verwicklung haben, wenn wir auch Manches, was sie gethan, beklagen müssen. Aber jetzt muß das Militärregiment aufhören. Der Belagerungszustand ist immer ein Unglück, er würde aber zur Aufhebung alles Rechtsverhältnisses, wenn er über die äußerste Noth hinaus verlängert würde. Der Wille eines Feldherrn, er mag persönlich noch so ehrenwerth sein, darf keinen Einfluß haben auf die öffentlichen Angelegenheiten eines geordneten Staates.

Vorläufig steht freilich der Aufhebung dieses Zustandes der ungarische Krieg entgegen. Jedenfalls wird auch hier das Loos der Entscheidung in kurzer Frist geworfen sein. Nur mit halbem Herzen nimmt der Freund der Freiheit an diesem Kampfe Theil, denn Unrecht ist auf beiden Seiten. Noch darf man die Ausbreitung eines Kampfs, wie er in den südlichen Gegenden geführt wird, über das ganze Königreich nicht befürchten. Die Führer der ultramagyarischen Partei sind zu reich an Phrasen gewesen, als daß man nicht erwarten sollte, sie würden, wenn es zur That kommt, eher mit sich handeln lassen. Sie haben „im Himmel und in der Hölle“ vergebens nach Unterstützung gesucht, sie werden sich zu einer irdischen Ausgleichung bequemen müssen. Das Ende ist natürlich Aufhebung der magyarischen Selbstständigkeit und Theilung des Königreichs, was bei der eigenthümlichen Lage der verschiedenen Nationalitäten sich einfacher macht, als in den eigentlichen Erbländern. Ein illyrischer, ein rumänischer, ein ruthenisch-slovakischer und ein deutsch-wendischer District sind leicht abgegrenzt. Der innern Wohlfahrt Ungarns kann es nur förderlich sein, wenn sie die grande politique anderwärts zu suchen haben.

Die eigentlich schwarzrothgoldne Partei in Oestreich ist plötzlich spurlos verschwunden. Sie war also, wie wir es immer behauptet haben, ein künstliches Produkt. Keine der Parteien denkt mehr an diese Farben, die ihre Symbolik verloren haben. Man kann sich nichts Loyaleres denken, als die Wiener Presse und den Wiener Bürgerstand. Nur in Frankfurt sitzen noch die deutschen Männer, sie haben sich dort eingewohnt, und wenn es ihnen auch nicht mehr einfällt, aus ihrem dortigen Aufenthalt Konsequenzen ziehen zu wollen, so können sie sich doch in ihre plötzlich veränderte Stellung nicht finden. Graf Deym hat das große Verdienst, zum ersten Mal in der Nationalversammlung deutsch gesprochen zu haben. Er hat die Sache rund und nett hingestellt: wir wollen aus Oestreich keine deutsche Provinz machen, wollt ihr es, so wagt es auf eure Gefahr! Das uncommentmäßige Schreiben des alten Feldmarschall Radetzky hat ungefähr denselben Sinn. Deym hat aber zugleich — und auch darin stimmen wir mit ihm vollkommen überein — nachgewiesen, daß eine voreilige Zueinanderbildung der

beiden Staatsgebiete nicht nur für Oestreich, sondern auch für Deutschland verhängnißvoll ist. Die Häupter der „wohlmeinenden“ Partei, Herr Raveaux und Herr Benedey, geriethen zwar in eine Stimmung, die sich nur mit der Swiveler's vergleichen läßt, als er die Arme übereinanderschlägt, und in die Decke ruft: „Schicksal, thue mir doch noch etwas! etsch! du kannst mir nichts mehr thun! du hast mir ja Alles genommen!“ Sie riefen den Oestreichern zu: wenn ihr euch also nicht unterwerfen wollt, warum sitzt ihr in unserm Rath? warum im Cabinet? warum verweist ihr das Reich? — Ei! haben wir uns euch aufgedrängt? Ihr riefet uns an, euch bei dem Aufbau eurer Verfassung behilflich zu sein; das thaten wir, wie es guten Brüdern ziemt. Ihr truget uns eure Krone an; warum sollten wir sie nicht nehmen? War es Liebe zu uns, daß ihr es thatet? Ihr schmeichelte uns freilich damals aus allen Kräften; Erzherzog Johann war der erste deutsche Mann, die Baronin Brandhof die erste deutsche Frau, wir selber der gemüthlichste und edelste Stamm Deutschlands. Wir haben uns nicht täuschen lassen; es war nicht Liebe zu Oestreich, was euch trieb, sondern Haß gegen Preußen. Ihr konntet eure Händel nicht en famille schlichten, ihr riefet den Nachbar an. Eh bien, wir kamen. Was haben wir euch irgend versprochen? selbst das neumodische Weltgeistministerium der Wiener hat keinen Augenblick die Meinung blicken lassen, als wolle es sich euch unterwerfen. Freilich habt ihr Commissare zu uns geschickt, häufig genug, in dieser und jener Sache; ihr wißt aber auch, was wir ihnen geantwortet haben. Ihr brauchtet einen Reichsverweser, einen Premierminister, weil ihr unter euch keinen fandet; wir liehen sie euch; ist es ja ein althistorisches Recht, daß Oestreich Deutschlands Krone trägt. So ist es aber nicht gemeint, daß ihr euch nun einerseits in unsere Angelegenheiten einmischet.

Mit Widerwillen, Verdruß und Zagen sieht man sich jetzt in Frankfurt nach Preußen um. Noch will man es nicht glauben. Man ist noch ganz zuletzt energisch gegen Preußen aufgetreten, man hat die Krone verpflichtet, ein anderes Ministerium zu wählen, die Stände, von ihren anarchischen Vorhaben der Steuerverweigerung abzugehen. Beides mehr mit dem Gewicht moralischen Einflusses als rechtlicher Begründung. Vor Oestreich und seinen Generälen hatte man immer Respect; von Preußen war man gewohnt, daß es sich hudehnen ließ. Dennoch bleibt keine Wahl; Oestreich zieht sich zurück und mit der deutschen Republik ist es nichts. Soll also nicht der alte Bundestag erneuert werden, so muß man in irgend einer Form Preußen die Leitung der Geschäfte übertragen. In der beabsichtigten Weise geht es nicht. Der König von Preußen wird keine Stellung im Reich annehmen, die ihm nicht gänzlich von den Fürsten zugestanden wird. Der Ritt am 19. März und seine Folgen sind nicht spurlos vorübergegangen. Noch viel weniger wird sich Preußen in eine Verfassung einlassen,

wo der Volkskammer eine sogenannte Staatenkammer zur Seite gestellt wird, in welcher die einzelnen Staaten ungefähr im Verhältniß des alten Bundes vertreten sind, die noch dazu zur Hälfte von den Landtagen gewählt werden sollen, in welcher also der Winkel-Radikalismus des Herrn Schaffrath und seines Gleichen das große Wort gegen Preußen führen wird. Gegen dieses absurde Project sollte sich die gesammte Presse erheben, denn es heißt so viel, als völliges Aufgeben der deutschen Einheit.

Die Stellung Preußens im Reich hängt von dem Ausfall der gegenwärtigen Krisis ab, auf die wir zum Schluß einen Blick werfen.

Der plötzliche Umschlag der öffentlichen Meinung in Bezug auf die sogenannte constituirende Versammlung könnte uns, die wir lebhaft für Deutschlands Ehre empfinden, schwer verlegen, obgleich er zu Gunsten unserer Ansicht erfolgt ist; denn er spricht keineswegs für die Reise politischer Bildung, die man für unsern neuen „Souverän“ wohl in Anspruch genommen hat; indeß dürfen wir dabei nicht übersehen, daß die Riobassa's des Kumpfparlaments Alles dazu beigetragen haben, diese veränderte Stimmung hervorzubringen. Zuerst in der Glorie eines erhabenen Martyriums, das freilich ziemlich wohlfeil erlangt war, langweilten sie bald die guten Berliner durch beständige Wiederholung; die Folie ihrer Würde schwand, als sie anfangen, sich untereinander zu prügeln; die im Sturm ausgesprochene Steuerverweigerung öffnete die Augen des Volks für den Abgrund, an dessen Rand man schwebte; endlich folgte die theilweise Abreise nach Brandenburg, die Fortsetzung der alten gaminmäßigen Ungezogenheit, und, um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, die Erhebung des rückständigen Honorars. Durch das Ridicule hörten nun die Märtyrer auf immer auf, salonsüchtig zu sein in den Augen eines gebildeten Berliner Publikums.

Wir haben den Schritt der Krone angegriffen, weil er nach unserer Uebersetzung das Spiel der Gegner verbesserte. Wir sind noch dieser Ansicht, obgleich sie der Erfolg nicht zu rechtfertigen scheint. Wäre aber die Versammlung, „um den gesetzlichen Weg nicht zu verlassen“, der Einladung nach Brandenburg ohne Weiteres gefolgt, und hätte nun dort mit aller Würde gekränkter Unschuld die alte Opposition ins Blaue hinein fortgesetzt, so wäre die Krone in einer sehr üblen Lage gewesen, denn die an Phrasen geschulte öffentliche Meinung hätte die Versammlung, über deren „passiven würdevollen Widerstand“ sie schon so in Entzücken gerieht, auf das kräftigste unterstützt.

Was jetzt geschehen ist, war nicht zu vermeiden. Die Versammlung in ihrer jetzigen Gestalt und Stimmung wäre nie mit einer Verfassung fertig geworden; sie hätte nichts weiter gethan, als den siechen Zustand des Staats, wie bisher, durch unnatürliche Reizmittel zu unterhalten. Die Stimmung des Landes war günstig für den Act; die offene Erklärung der Rechten gab den rechtlichen Anhalt.

Eine neue constituirende Versammlung zu berufen, wäre mit der höchsten Gefahr für den Staat verknüpft gewesen — die deutsche Reform, die wir bei dieser Gelegenheit als befreundetes Blatt begrüßen, hat sich darüber in einem trefflichen leitenden Artikel ausgesprochen. So blieb nichts übrig, als die Verfassung zu oetroyiren. Daß dies schnell geschehen ist und daß die Verfassung sich soviel als möglich an die Berathung der Versammlung hält — burleske Beschlüsse, wie den über Aufhebung des Adels, natürlich ausgenommen — ist dem Ministerium als großes Verdienst anzurechnen. Wir stehen zwar nicht dafür, daß auch jetzt die Partei Unruh im Bunde mit ihren Freunden, den Berliner Demokraten ausrufe: times Danaos et dona ferentis! und ihre alte Agitation fortsetzt, etwa mit diesen Motiven: „daß die Krone eine gute, für das Land wohlthätige Verfassung gegeben hat, ist ein neues Attentat auf die Souveränität des Volks, denn es ist höchst frech und unehrerbietig, besser sein zu wollen als die souveränen Deputirten Dierschke, Unruh und Michel Groß!“ Allein eine solche Agitation würde ohne erhebliche Wirkung sein.

Die neuen Stände, — wie natürlich in zwei Wahlkammern getheilt — sind auf den Februar einberufen. Mittlerweise wird die Verfassung in Frankfurt beendet sein, und die preussischen Deputirten, die bisher in der Paulskirche tagten, werden dann für Berlin gewählt werden können. Damit wird die neue Versammlung eine gesündere Färbung annehmen. Außerdem wird ein Hauptgrund der bisherigen Agitation wegfallen, die bloße Jagd nach Portefeuilles; denn wir trauen zwar den Herrn v. Kirchmann, v. Unruh, v. Berg, Rodbertus u. s. w. sehr viel zu, wollen aber doch nicht so weit gehen, ihnen den Bahn aufzubürden, als könnten sie Hoffnung auf eine Stellung im Cabinet haben, so lange im preussischen Staatsgebäude noch ein Stein auf dem andern steht.

Nun noch ein kurzes Wort an die Anhänger des ancien regime. Sie werden durch die letzten Ereignisse sich vielfach veranlaßt gesehen haben, auf ihre frühern Ideen zurückzukommen. Sie könnten leicht in den Wahn versezt werden, sie wären mit ihrer Opposition gegen den Geist der neuern Zeit im Rechte gewesen. Ein solcher Wahn wäre verhängnißvoll. Aus welcher Classe sind die wüthendsten Feinde des gesammten Staatslebens hervorgegangen? Die Waldeck, Kirchmann, Unruh, Rodbertus u. s. w.? Aus der in sich faulen und hohlen Bureaukratie. Und wo finden sich die entschiedensten Vorfechter des Staats? In den apokryphischen Elementen des Grundbesizes und des Handels, die von der Fäulniß des alten Staats nicht angesteckt waren, die vielmehr damals wie jetzt dem Uebermuth der einseitigen bureaukratischen Bildung den entschiedensten Widerstand entgegensetzt. Mögen das die Herrn Manteuffel u. s. w. nicht vergessen! Die Opfer, welche der Bürger bringt, gelten nicht ihnen, selbst nicht der Krone, die nur ein Symbol ist; sie gelten der sittlichen Ordnung, die der alte Ab-

solutismus unterhöht, um sie dann den Massliegen des Radikalismus preiszugeben.

Die liberale Partei — die Whigs, wie ich sie früher genannt habe, — die in dem Ministerium Camphausen und Auerwald scheint aber, möge bedenken, daß es sich bei der jetzigen Macht in Preußen nicht blos um ihre Herrschaft, sondern um ihre Existenz handelt. Versäumt sie jetzt, sich zu organisiren, so fehlt auf Jahre hinaus die leitende Hand, die unabhängig von dem Wechsel des Bundes und der Wellen, das Staatsschiff eine bestimmte Zeit zusteuert.

Die liberale Partei hat es unter den gegenwärtigen Umständen um so mehr Noth, ans Werk zu gehen, da der frühere Grund ihrer Unthätigkeit — die Behinderung von Seiten der aufgewühlten radikalen Masse einerseits und der Reaction andererseits — nicht mehr stichhaltig ist. Der Radikalismus hat alles Terrain verloren, da sich sein wesentlicher Hebel, das Gespenst der Reaction, in leere Luft aufgelöst hat. Erst hieß das Ministerium Pfuel das Kartätschen-Ministerium, und siehe da, eines schönen Morgens steht sich Herr Jung veranlaßt, dem Haupt der vorgebliehen Camarilla eine feurige Lobrede zu halten, wozu er auch seine guten Gründe hatte, da selbst Pfuel sich von dem in der Berliner Luft liegenden Miasma inficiren ließ, und für den Robbertus'schen Antrag stimmte. Dann wurde Brandenburg als der incarnirte böse Geist des Absolutismus hingemalt, mit Klauen und Schwanz, selbst der Berliner Epicier verzagte, der Tyrannei gegenüber, die nun bald ganz Deutschland verschlingen sollte, und siehe da, aus diesem teuflischen Cabinet geht eine Verfassung hervor, wie sie die Herrn Robbertus und Waldeck vor einem Jahr in ihren wildesten Phantasten nicht sich zu träumen gewagt hätten. Mit dieser Verfassung sind alle vernünftigen Grundlagen einer freien Entwicklung des Staats gegeben und jeder Versuch, dieselbe durch einen extemporirten Putsch des Pöbels oder durch Fortsetzung der bisher in Berlin gespielten sentimental-burlesken Farce zu stören, wäre Verrath an der Sache des Volks.

Die Krone hat ihre Schuldigkeit gethan. Der Titel „von Gottes Gnaden“ mag Herrn Waldeck scandalisiren, das Volk legt kein Gewicht darauf. Freilich ist aber erst die Form fertig, den Inhalt des neuen Staatslebens auszufüllen, ist nur das Volk und seine Vertreter berufen. Es wird sich jetzt zeigen, ob es einen solchen Inhalt hat, oder ob alle ideelle Reife unseres Volks ein schlechter Fastnachtsrausch war. † †.

Verlag von **F. V. Herbig**. — Redacteurs: **Gustav Freytag** und **Julian Schmidt**.
Druck von **Friedrich Andrä**.